



Magdeburg, den 07.11.2012
00-00-45 he

N i e d e r s c h r i f t

**über die 45. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt am Montag, dem 05. November 2012, 13:00 Uhr,
in der Schlossdomäne, 39326 Wolmirstedt**

Beginn: 13:00 Uhr

Ende: 14:55 Uhr

Anwesend sind:

- 15 Vertreter aus 10 Kreisverbänden
- der Oberbürgermeister der Kreisfreien Stadt Magdeburg (bis 14:15 Uhr)
- 6 weitere Präsidiumsmitglieder und stellvertretende Präsidiumsmitglieder
- 13 Gäste

Es fehlen:

Vertreter des Kreisverbandes Saalekreis sowie die Oberbürgermeister/in der Kreisfreien Städte Dessau-Roßlau und Halle (Saale)

Anmerkung:

Die Anwesenheitslisten sind Bestandteil der Original-Sitzungsniederschrift.

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
Herr Präsident Norbert Eichler
2. Grußwort der Stadt Wolmirstedt;
Hauptamtsleiter Dr. Ringhard Friedrich

3. Stand der Überlegungen zum neuen Kommunalverfassungsrecht in Sachsen-Anhalt
Referent: Minister Holger Stahlknecht, Ministerium für Inneres und Sport
4. Diskussion

II. Nicht öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 44. Kreisvorstandskonferenz am 07.05.2012 in Naumburg (Saale)
3. Nachwahlen zum Präsidium
 - 3.1 Wahl eines Mitgliedes (Gruppe Kreisfreie Städte)
 - 3.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes (Gruppe der Verbandsgemeinden)
4. Feststellung des Verbandshaushaltes, einschließlich des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2013
5. Rechenschaftsbericht zur Verbandsarbeit
6. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 - Begrüßung

Herr Präsident Norbert Eichler

Herr Präsident Eichler begrüßt die Gäste sowie die Delegierten der 45. Kreisvorstandskonferenz. Insbesondere freut er sich über die Anwesenheit von Herrn Ehrenpräsident Dr. Polte, der mit seiner Teilnahme an vielen Tagungen des SGSA seine Verbundenheit zum Verband ausdrücke.

Herr Eichler begrüßt als Vertreter der gastgebenden Stadt Wolmirstedt Herrn Hauptamtsleiter Dr. Friedrich. Er bittet ihn, dem schwer erkrankten Bürgermeister der Stadt, Dr. Hans Jürgen Zander, die herzlichsten Genesungsgrüße von der Kreisvorstandskonferenz zu übermitteln. Es lasse die kommunale Familie nicht unberührt, wenn langjährige Amtskollegen derart schwer erkrankten.

Herr Eichler heißt die Vertreter der kommunalen Familie herzlich willkommen. Er begrüßt den Geschäftsführer des Landkreistages, Herrn Theel, und stellt fest, dass sich die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund nach seinem Dafürhalten gut entwickelt habe. Diese Zusammenarbeit sehe er als Grund dafür, dass die kommunalen Spitzenverbände gerade beim Finanzausgleichsgesetz ganz gute Ausgangspositionen

erzielt haben. Umso mehr sollten die Verbände auch in den Fragen zusammenstehen, die Grundlagen der kommunalen Arbeit seien, zum Beispiel die Aufgabenteilung zwischen Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Präsident Eichler stellt fest, das Thema der heutigen Kreisvorstandskonferenz sei für den Verband von herausgehobener Bedeutung, da die Gemeindeordnung die wichtigste gesetzliche Grundlage für die Arbeit von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten, Ortsbürgermeistern und den vielen anderen ehrenamtlich Tätigen in der Kommunalpolitik darstelle. Er bezeichnet die Bestrebungen zur Schaffung einer neuen Kommunalverfassung als eine Schlüsselaufgabe für den SGSA in den nächsten Monaten.

Insbesondere dankt Herr Eichler Herrn Innenminister Holger Stahlknecht für seine Bereitschaft, auf der heutigen Konferenz einen Sachstandsbericht zu den Arbeiten an der neuen Kommunalverfassung zu geben.

Der Präsident führt aus, dass, gerade weil die kommunalen Spitzenverbände in Sachen „Kinderförderungsgesetz“ gemeinsam eine klare Position bezogen hätten, es umso unverständlicher sei, dass sich die Regierungsfractionen über die Meinung der kommunalen Familie einfach hinwegsetzten. Darüber werden - so Herr Eichler - die kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung noch einmal reden. Auch, weil es hier nicht um Nebensächlichkeiten gehe, sondern um das grundsätzliche Verständnis der Regierungsfractionen zur kommunalen Selbstverwaltung und zur kommunalen Aufgabenerledigung.

Für die Unterstützung der heutigen Veranstaltung dankt der Präsident den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt.

Herr Eichler bittet Herrn Hauptamtsleiter Dr. Friedrich um sein Grußwort.

Zu TOP 2 - Grußwort der Stadt Wolmirstedt

Hauptamtsleiter Dr. Ringhard Friedrich

Herr Dr. Friedrich begrüßt die Anwesenden im Namen von Herrn Bürgermeister Dr. Zander herzlich in den Tagungsräumen der Schlossdomäne. Er freue sich, dass die Stadt Wolmirstedt als Gastgeber der 45. Kreisvorstandskonferenz ausgewählt wurde. In der ausgelegten Broschüre gebe es vielfältige Informationen über die Stadt Wolmirstedt, die im Jahr 1009 erstmalig urkundlich erwähnt wurde. Die Einheitsgemeinde Wolmirstedt habe 11.783 Einwohner und verfüge über eine gute Infrastruktur. Auch die Nähe zur Stadt Magdeburg sei von Vorteil bei der Ansiedlung von jungen Menschen in Wolmirstedt. Für wichtig erachtet Herr Dr. Friedrich, dass die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt habe.

Herr Dr. Friedrich wünscht der 45. Kreisvorstandskonferenz einen guten Verlauf.

Zu TOP 3 - Stand der Überlegungen zum neuen Kommunalverfassungsrecht in Sachsen-Anhalt

Referent: Minister Holger Stahlknecht, Ministerium für Inneres und Sport

Herr Minister Stahlknecht dankt für die Einladung.

Einleitend unterstreicht der Minister die Bedeutung von auskömmlichen Finanzen für die Kommunen, damit diese neben den Pflichtaufgaben auch freiwillige Aufgaben erledigen und politisch gestalten können. Ziel des Finanzministeriums und des Ministeriums für Inneres und Sport sei, für die Kommunen ein Angebot zur Umschuldung von Kassenkrediten zu erarbeiten. Eine Bindung an Parametern sei hier jedoch unerlässlich.

Zu dem von Herrn Präsident Eichler angesprochenen Thema „Kinderförderungsgesetz“ äußert er, dass er sich nicht sicher sei, ob die Kompetenzverlagerungen für Kinder, Eltern und Gemeinden Verbesserungen bringen werden. Er hoffe, dass es hier noch weitere Gespräche gebe.

Herr Minister Stahlknecht erinnert daran, dass die derzeitige Kommunalverfassung, bestehend aus der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung im Oktober 1993 in Kraft getreten ist. Seitdem sei sie kontinuierlich geändert und ergänzt worden, allein die Gemeindeordnung sei mehr als 35 Mal geändert worden. Als weiteres Kommunalgesetz sei im Zuge der landesweiten Gemeindegebietsreform das Verbandsgemeindengesetz hinzugekommen. Ziel der Änderungen soll sein, ein einheitliches und anwenderfreundliches Kommunalverfassungsrecht zu schaffen.

Herr Stahlknecht führt aus, dass in diesem Prozess besonderes Augenmerk auf eine frühzeitige und umfassende Einbindung von kommunalen Praktikern gelegt werde. Auch die Ortsbürgermeister würden in den Prozess mit einbezogen. Im Juni 2012 habe in Aschersleben die Auftaktveranstaltung stattgefunden, dem seien fünf Workshops gefolgt, in denen ein reger Erfahrungsaustausch stattgefunden habe. Für Ende November 2012 seien zwei Regionalkonferenzen geplant, in denen der aktuelle Sachstand aufgezeigt werde.

Der Minister gibt bekannt, dass die in den Workshops unterbreiteten Vorschläge nunmehr im Ministerium ausgewertet würden. Dies betreffe auch den Vorschlag, das im Zuge der Gemeindegebietsreform eingeführte Zweitbeschlussverlangen des Ortschaftsrates gegen Beschlüsse des Gemeinderates oder einer seiner beschließenden Ausschüsse zu streichen.

Er informiert, dass geprüft werde, ob künftig anstelle des Ortschaftsrates und des Ortsbürgermeisters ein Ortsvorsteher treten solle. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass es bei Kommunalwahlen nicht mehr genügend Bewerber für die Mitarbeit im Ortschaftsrat gebe. Ebenso werde geprüft, ob die Ortschaftsräte ein begrenztes Budgetrecht erhalten sollen. Hier werde es noch Abstimmungsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geben.

Für notwendig erachtet Minister Stahlknecht die Einführung von gesetzlichen Regelungen zur Haftung für ehrenamtliche Mandatsträger. Derzeit erfolge die Klärung dieser Haftungsfragen ausschließlich gerichtlich, dies müsse geändert werden.

Minister Stahlknecht stellt klar, dass die Gebietsreform nicht zurückgedreht, sondern die jetzigen bestehenden Strukturen gestärkt werden müssten. Die mit der Gebietsreform neu gebildeten Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden sollen schlagkräftig und handlungsfähig sein und effizient arbeiten können.

Abschließend spricht Herr Stahlknecht die Doppik an. Es gebe Verfechter und Gegner der Doppik. Die Koalitionsvereinbarung habe die Diskussion einer Wahlmöglichkeit zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik vorgesehen. Im Ergebnis der Diskussion hätten sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, eine solche Wahlmöglichkeit nicht einzuräumen. Stattdessen sei die Landesregierung bestrebt, Erleichterungsmöglichkeiten anzubieten, so z.B. bei der erstmaligen Vermögensbewertung. Dabei bleibe die Abschreibungspraxis gleich; es gebe nur Unterschiede im Rechnungsweg, so dass sich die Abschreibungen reduzieren ließen. Außerdem räume man Kommunen in begründeten Einzelfällen eine Fristverlängerung zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ein, wenn eine Umsetzung bis zum gesetzlich vorgesehenen Einführungszeitpunkt 01.01.2013 nicht möglich sei. Trotzdem einige Gemeinden sich beschwerten würden, dass sie bei der Doppik bilanzseitig schlechter dastehen bzw. der Haushaltsausgleich sich schlechter realisieren lasse, appelliere er, den eingeschlagenen Weg fortzuführen.

Herr Präsident Eichler dankt Herrn Minister Stahlknecht für sein Referat.

Zu TOP 4 - Diskussion

Herr Bürgermeister Brettschneider, Stadt Jessen (Elster), plädiert dafür, dass im neuen Kommunalverfassungsgesetz die Installation von Ortschaftsräten und Ortsbürgermeistern auf freiwilliger Basis geregelt werden solle. Er sei seit 22 Jahren Bürgermeister und seine Einheitsgemeinde würde gut funktionieren, auch ohne Ortschaftsrat und Ortsbürgermeister.

Herr Stahlknecht ist der Ansicht, dass die Stadt Jessen in dieser Beziehung als Sonderfall zu sehen ist. Im Gesetzentwurf werde es zur Einführung von Ortschaftsräten und Ortsbürgermeistern eine Kann-Bestimmung geben.

Herr Bürgermeister Sempert, Stadt Könnern, berichtet, dass die vier Eingemeindungen in die Stadt Könnern alle auf freiwilliger Basis erfolgt seien. Er halte die Ortschaftsräte für notwendig, auch weil mit deren Arbeit die Demokratie in den kleinen Orten gestärkt werde. Die Tätigkeit der Ortschaftsräte müsse jedoch stärker honoriert werden.

Kritisch äußert sich Herr Sempert zur Doppikeinführung. Die Doppik bedeute mehr Bürokratie und mehr Arbeit und sei eine Belastung für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Brecht, Stadt Quedlinburg, ist der Meinung, dass die Ortschaftsräte in der ersten Legislaturperiode durchaus sinnvoll waren, deren weitere Erhaltung sehe er jedoch skeptisch. Ein reibungsloser Ablauf bei der Vorbereitung von Beschlussfassungen im Stadtrat wäre nicht gewährleistet. Der Anspruch, alles im Ortschaftsrat zu besprechen, wäre zu hoch und würde auch zu einer starken Belastung des Personals führen. Er schlägt vor, im Gesetzentwurf die Möglichkeit Ortschaftsräte einzurichten zu schaffen, jedoch nicht als Zwang vorzuschreiben.

Frau Oberbürgermeisterin Wust, Stadt Bitterfeld-Wolfen, erklärt, dass die Fusion der beiden Städte Bitterfeld und Wolfen große Probleme mit sich gebracht habe. Die Zeitverzögerungen bei zu treffenden Entscheidungen seien aufgrund der Einbeziehung der Ortschaftsräte immens. Frau Wust spricht sich gegen ein Budget für Ortschaftsräte aus, da die Verantwortung der Entscheidungen bei der Verwaltung liege, die auch die Kontrollfunktion ausübe.

Herr Verbandsgemeindebürgermeister Ulrich, Verbandsgemeinde An der Finne, meint, dass er im Präsidium des Verbandes die Gruppe der Verbandsgemeinden vertritt. In dieser Funktion bittet er Herrn Minister Stahlknecht sich beim Verbandsgemeinderecht noch einmal der Thematik zu befassen, dass bei einem Aufgabenübergang auch der Vermögensübergang mit erfolge. Hier gebe es bei den Verbandsgemeinden große Schwierigkeiten, bei denen es so nicht gelöst wurde. Den Verbandsgemeinden sollte jedoch das Eigentum verschafft werden für Aufgaben, für die sie verantwortlich seien.

Herr Ulrich erwartet, dass der Innenminister als Kommunalminister auch die Interessen der Kommunen beim Kinderförderungsgesetz vertritt. Es dürfe nicht sein, dass künftig nicht mehr die Städte und Gemeinden, sondern die Landkreise die Leistungsverpflichteten für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz sein sollen.

Herr Minister Stahlknecht verspricht, die von Herrn Ulrich angesprochene Problematik beim Verbandsgemeindengesetz, dass dem Aufgabenübergang der Vermögensübergang folgen müsse, im Ministerium prüfen zu lassen.

Zum Stand bei den Diskussionen zum Kinderförderungsgesetz erklärt Herr Stahlknecht, dass er in der Fraktion seine Meinung zum KiFöG deutlich gemacht habe.

Frau Abgeordnete Schindler, kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ergänzt, dass die Innen- und Kommunalpolitiker im Landtagsausschuss beim KiFöG die Interessen der Kommunen unterstützen würden, aber nicht die Mehrheit bildeten. Für eine Meinungsänderung im Interesse der Kommunen wäre ein starker Druck von kommunaler Ebene notwendig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg, berichtet, dass die Arbeit zwischen den drei Ortschaftsräten und dem Stadtrat gut funktioniere. Die Belange der Ortschaftsräte würden bei den Haushaltsberatungen mit beraten. Die Einführung eines Budgetrechtes für Ortschaftsräte halte er nicht für sinnvoll; dies würde die Arbeit der Stadtverwaltung erschweren.

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass ein zentraler Punkt der Forderungen des Verbandes die Entlastung der Kommunen im Bereich der Bürokratie sei. Die Vorschläge des SGSA zur Entbürokratisierung und zum Standardabbau seien von der Landesregierung immer negiert worden.

Herr Minister Stahlknecht antwortet, dass beim Ministerium für Inneres und Sport eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die sich mit dem Standardabbau befasst. Da einige Vorschläge mehrere Ressorts betreffen, gestalte sich die Arbeit schwierig. Im Januar 2013 sollen erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorgestellt werden. Er äußert die Bitte an die kommunalen Spitzenverbände, gemeinsame, miteinander abgestimmte Vorschläge einzureichen.

Herr Bürgermeister Brettschneider, Stadt Jessen (Elster), spricht das Thema Feuerwehr an. Er betont, dass der SGSA bereits Anfang der 90iger Jahre darauf hingewiesen habe, dass die Regelungen, eine Feuerwehr in jedem Ort vorzuhalten, geändert werden müsse. Jetzt erst habe die Landesregierung erkannt, dass dieser Hinweis berechtigt war. Er fragt, wer den Kommunen helfe, die bei der durchgeführten Risikobewertung aufgezeigten Mängel zu beseitigen und die Kosten dafür trage.

Herr Stahlknecht antwortet, dass nicht alle Städte und Gemeinden eine Risikoanalyse erstellt hätten. Eine Förderung vom Land gebe es nur für die Kommunen, die eine Analyse vorlegen könnten und sich an der zentralen Ausschreibung beteiligten.

Er sehe, dass die Themen Feuerwehr und Brandschutz bei den Mitgliedern der Konferenz auf großes Interesse stoße und schlage vor, in einer gesonderten Veranstaltung des SGSA darüber zu referieren, da er im Anschluss an die jetzige Konferenz noch zu einem anderen wichtigen Termin müsse.

Herr Bürgermeister von Holly, Stadt Möckern, dankt dem Minister dafür, dass ein Angebot zur Umschuldung von Kassenkrediten erarbeitet werden soll. Des Weiteren sei er der Ansicht, dass die Arbeit der Stadt gehemmt und nicht gefördert würde, wenn eine Budgetregelung für Ortschaftsräte eingeführt würde.

Herr Präsident Eichler dankt Herrn Minister Stahlknecht für sein Referat und die Diskussion.

Den anwesenden Gästen dankt er für ihr Kommen und weist darauf hin, dass nach einer kurzen Pause um 14:20 Uhr die Konferenz mit dem nicht öffentlichen Teil fortgesetzt wird.

II. Nicht öffentlicher Teil

Zu TOP 1 - Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Präsident Eichler begrüßt die Delegierten der Kreisvorstände zum nicht öffentlichen Teil der Kreisvorstandskonferenz. Er stellt fest, dass die Kreisvorstandskonferenz beschlussfähig ist, da zur Konferenz mit Schreiben vom 19.09.2012 gemäß § 13 Abs. 1 der Verbandssatzung fristgerecht und damit ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Zu TOP 2 - Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 44. Kreisvorstandskonferenz am 07.05.2012 in Naumburg (Saale)

Herr Präsident Eichler gibt bekannt, dass nach § 13 Abs. 4 der Verbandssatzung die Niederschrift der Kreisvorstandskonferenz als genehmigt gelte, wenn nicht ein Viertel der Mitglieder innerhalb von 4 Wochen nach Zugang Einspruch erhebt. Die Niederschrift über die 44. KVK wurde als Anlage zur Ausgabe 6/2012 der Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt vom 13.06.2012 versandt. Gegen die Niederschrift wurden keine Einwände erhoben; Änderungs- oder Ergänzungswünsche wurden ebenfalls nicht vorgetragen.

Die Kreisvorstandskonferenz stellt fest, dass die Niederschrift über die 44. Sitzung am 07.05.2012 in Naumburg (Saale) als genehmigt gilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Zu TOP 3 - Nachwahlen zum Präsidium

3.1 Wahl eines Mitgliedes (Gruppe Kreisfreie Städte)

Präsident Eichler erklärt, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Stadt Halle (Saale), mit dem Ablauf der Amtszeit als Oberbürgermeisterin am 30.11.2012 auch aus dem Präsidium des SGSA ausscheide. Der neu gewählte Oberbürgermeister, Herr Dr. Bernd Wiegand, trete sein Amt am 01.12.2012 an.

In seiner 150. Sitzung am 17.09.2012 habe das Präsidium beschlossen, der Kreisvorstandskonferenz vorzuschlagen, in der Gruppe der Kreisfreien Städte als Nachfolger im Amt von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herrn Dr. Bernd Wiegand mit Wirkung zum 01.12.2012 zu wählen.

Präsident Eichler verliest den Vorschlag, Herrn Dr. Bernd Wiegand, Stadt Halle (Saale) mit Wirkung vom 01.12.2012 an zum Präsidiumsmitglied des SGSA zu wählen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Kreisvorstandskonferenz wählt Herrn Dr. Bernd Wiegand, Stadt Halle(Saale), mit Wirkung vom 01.12.2012 an zum Präsidiumsmitglied des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

3.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes (Gruppe der Verbandsgemeinden)

Präsident Eichler informiert, dass das bisherige stellvertretende Mitglied des Präsidiums, Herr Verbandsgemeindebürgermeister Reinhard Schwarz (Seehausen/Altmark), aus dem Amt als Verbandsgemeindebürgermeister abgewählt wurde und daher auch aus dem Präsidium ausgeschieden sei.

In seiner 150. Sitzung am 17.09.2012 habe das Präsidium beschlossen, der Kreisvorstandskonferenz vorzuschlagen, für die Gruppe der Verbandsgemeinden als Nachfolger für Herrn Schwarz, Herrn Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr, Verbandsgemeinde Egelner Mulde, als stellvertretendes Mitglied in das Präsidium zu wählen.

Präsident Eichler verliest den Vorschlag, Herrn Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr (Verbandsgemeinde Egelner Mulde) zum stellvertretenden Präsidiumsmitglied als Stellvertreter für Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Ines Becker (Verbandsgemeinde Westliche Börde) zu wählen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Kreisvorstandskonferenz wählt Herrn Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr (Verbandsgemeinde Egelner Mulde) zum stellvertretenden Präsidiumsmitglied als Stellvertreter für Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Ines Becker (Verbandsgemeinde Westliche Börde).

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Zu TOP 4 - Feststellung des Verbandshaushaltes, einschließlich des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2013

Präsident Eichler erklärt, dass der Haushalts-und Finanzausschuss des SGSA die Entwürfe des Haushaltsplanes und des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2013 in seiner 42. Sitzung am 17.10.2012 vorberaten und einstimmig zur Annahme empfohlen habe. Das Präsidium habe in seiner heutigen Sitzung im Vorfeld zu dieser Kreisvorstandskonferenz die Entwürfe beraten und empfehle der Kreisvorstandskonferenz, den Haushaltsplan 2013 und den Stellenplan zu beschließen.

Herr Leindecker ergänzt, dass es keine gravierenden Änderungen im Haushaltsplan gebe. Im laufenden Haushaltsjahr seien fünf Zweckverbände sowie die Stadt Arendsee (Altmark) dem Verband beigetreten, dies habe zu Mehreinnahmen geführt.

Auf die Nachfrage von Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Pesselt, Verbandsgemeinde Vorharz, zur HHSt. 710 (Unterhaltung Verbandsgebäude) zur Höhe der Kosten der Fassaden-sanierung antwortet Herr Erster Beigeordneter Liebenehm, dass ausschließlich eine Sanierung der Fassade des Erdgeschosses geplant sei.

Die Kreisvorstandskonferenz fasst folgenden Beschluss:

Der Haushaltsplan mit Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 wird gemäß § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung in der dem Vorbericht für die 45. Kreisvorstandskonferenz beigefügten Fassung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Zu TOP 5 - Rechenschaftsbericht zur Verbandsarbeit

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker reißt in seinem Rechenschaftsbericht in insgesamt 34 Themenschwerpunkten die wichtigsten Tätigkeitsfelder der Landesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum an. Er informiert, dass der Rechenschaftsbericht zur Verbandsarbeit im Zeitraum der letzten Kreisvorstandskonferenz im Mai 2012 bis zur heutigen Kreisvorstandskonferenz im November 2012 der Niederschrift über die 45. KVK als Anlage beigefügt werde.

Abschließend bittet er die Mitglieder, die Landesgeschäftsstelle über herausragende Aktivitäten in Ihren Kommunen zu informieren. Diese Hinweise könnten auch in den Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt - dem Mitteilungsblatt des SGSA - veröffentlicht werden.

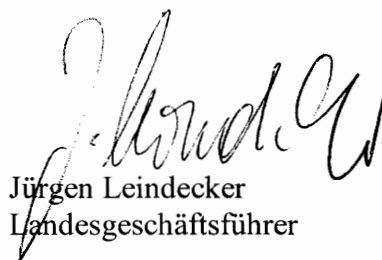
Zu TOP 6 - Anfragen und Anregungen

Anfragen werden unter diesem Tagesordnungspunkt nicht gestellt, Anregungen nicht gegeben.

Die 45. Kreisvorstandskonferenz endet um 14:55 Uhr.



Norbert Eichler
Präsident



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer



Silvia Herzog
Protokollführerin

Anlage

Rechenschaftsbericht der Landesgeschäftsstelle
im Zeitraum Mai 2012 bis November 2012